# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Zweigstelle die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 65 — Donnerstag, den 17. März 1932 — 27. Jahrgang


# Deutschlands Abrüstungsvorschläge in Genf

## Wir fordern: Allgemeine Abrüstung

**Genf**, 15. März. Im Flottenausschuß der Abrüstungskonferenz brachte am Dienstag der deutsche Vertreter v. Rheinbaben deutsche Vorschläge für die Bestimmung der Großkampfschiffe, Flugzeugmutterschiffe, Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote ein. Er betonte hierbei, daß Deutschland nicht Aufrüstung, sondern die allgemeine Abrüstung verlange und bereit sei, noch weitergehende Entwaffnungsbestimmungen, als bereits im Versailler Vertrag festgelegt seien, anzunehmen, falls diese Bestimmungen in gleicher Weise für alle Staaten Geltung fänden. Die grundsätzlichen Fragen der Gleichberechtigung sowie die mit dem Versailler Vertrag zusammenhängenden Fragen müßten jedoch im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz geklärt werden. Die deutschen Vorschläge für die Bestimmungen der Kriegsschiffe entsprechen den Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Höchsttonnagen. Ferner verlangte v. Rheinbaben, daß in dem Abkommensentwurf auch die Regelung der Unterseebootsfrage aufgenommen würde.

**Genf**, 15. März. Der Redaktionsausschuß des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz hat die Richtlinien für die Arbeiten des Luftfahrtausschusses ausgearbeitet, in denen die Behandlung der französischen Anträge auf Internationalisierung der Zivilluftfahrt im engen Zusammenhang mit der grundsätzlichen Frage der Abschaffung oder Beschränkung der militärischen Luftfahrt empfohlen wird. Der Luftfahrtausschuß soll insbesondere alle Maßnahmen prüfen, durch die die zivile Luftfahrt entmilitarisiert werden kann. Hierbei werden auch die Vorschläge der deutschen Regierung erörtert werden, in denen zur Entmilitarisierung der Zivilluftfahrt ein Verbot der militärischen Ausbildung auf dem Gebiete der Luftfahrt und andere Maßnahmen zur Verhinderung einer militärischen Verwendung der Zivilluftfahrt gefordert werden.

Die Arbeiten der Abrüstungskonferenz werden Ende dieser Woche auf 14 Tage unterbrochen werden. Es besteht die Absicht, im Hauptausschuß und im politischen Ausschuß die Aussprache über die grundsätzlichen Fragen erst nach den Osterferien zu eröffnen.

### Die moralische Abrüstung im politischen Ausschuß

**Genf**, 15. März. Der politische Ausschuß der Abrüstungskonferenz, dessen Einsetzung der französische Ministerpräsident Tardieu vor einigen Wochen mit großem Nachdruck als unbedingt erforderlich beantragt hatte, ist heute nachmittag zu seiner ersten Beratung zusammengetreten und hat seine Aufgabe mit der Einsetzung des Unterausschusses für moralische Abrüstung bereits bis auf weiteres erfüllt. Die allgemeine Abneigung gegen grundsätzliche Erörterungen und damit die Unmöglichkeit, einen wirklichen Fortschritt der Konferenzarbeiten zu erzielen, zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit. Außer dem polnischen Antragsteller und dem Vorsitzenden ergriff nur der Vertreter der Sowjetunion das Wort zur Sache. Der polnische Delegierte Szumlakowski begründete die zu Beginn der Konferenz eingereichten polnischen Vorschläge über die moralische Abrüstung. Litwinow erklärte, niemand werde gegen den Vorschlag an sich etwas einzuwenden haben. Er sei aber grundsätzlich gegen die Befassung der Konferenz mit Fragen, die mit der Abrüstung nicht unmittelbar zusammenhingen. Die Zerstörung von Kriegswaffen werde ein wirksameres Mittel zur Entspannung sein als irgendeine Konvention über moralische Abrüstung.

Henderson erwiderte auf die russische Erklärung, es sei ihm nie in den Sinn gekommen, daß die moralische Abrüstung in Widerspruch zu der materiellen Abrüstung stehen könne.

Hierauf wurde die vorbereitete Liste des aus 20 Mitgliedern bestehenden Unterausschusses, in dem auch Deutschland vertreten ist, angenommen. Deutschland und die Sowjetunion haben sich der Stimme enthalten. Morgen vormittag findet eine Sitzung des Hauptausschusses statt, in der sich die Erörterung einiger grundsätzlicher Fragen kaum mehr wird vermeiden lassen.

## Nach der Schlacht

Von Dr. Hugo, M. d. R.

Die Reichspräsidentenwahl hat ein überwältigendes Vertrauensvotum des Reichspräsidenten von Hindenburg gebracht. Seine Wahl ist gesichert. Wenn es wahr ist, daß die auf der Rechten den Kampf gegen ihn nur aus politischen Gründen geführt haben und wenn es weiter wahr ist, daß dieser Kampf verloren ist, dann sollten sie nun zu ihrer Anerkennung der Ritterlichkeit gegenüber dem großen Mann zurückkehren, den Degen vor ihm senken und ihm für den zweiten Wahlgang bedingungslos ihre Stimme geben, vieles könnte dadurch gut gemacht werden, was im ersten Wahlgang gegen Hindenburg gesündigt worden ist. Wird die Rechte dieser Selbstüberwindung fähig sein, nachdem sie Hindenburg politisch nicht über den Haufen rennen konnte?

Für die weitere politische Entwicklung in Deutschland ist der Ausgang der Hindenburgwahl ein Markstein. Man wird einige Feststellungen treffen dürfen, die Gültigkeit gewonnen haben und die in der Zukunft nicht mehr unbeachtet beiseite geschoben werden können. Die erste ist diese: Aus all dem Wirrwarr und Elend, der Uneinigkeit und Volksaufwiegelung hat der Kommunismus keine Vorteile ziehen können. Es ist der sonnenklare Beweis erbracht, daß selbst in der schlimmen Notzeit des Volkes, in der wir heute leben, das deutsche Volk sich nicht zum Kommunismus hingezogen fühlte. Diese russische Gattung und Wesensart der politischen Zerstörung liegt dem deutschen Volke nicht. Es hat Herrn Thälmann abgelehnt und die fünf Millionen Stimmen, die er erreicht hat, werden sich in der Zukunft noch erheblich wieder verlaufen.

Das zweite Ergebnis ist die Tatsache, daß der Nationalsozialismus sein Ziel, alles niederzutrampeln, was ihm im Wege steht und das eigene Parteiregiment konkurrenzlos aufzurichten, nicht erreichen konnte. Daß die Hitlergarde die Absicht hatte, das Ziel ihrer Diktaturherrschaft hundertprozentig zu erreichen, unterlag keinem Zweifel. Die Parole hieß nicht, auf zur Wahl Hitlers, sondern sie hieß: „Unser Kandidat Hitler ist der Reichspräsident". „Die letzte Entscheidung wird fallen". „Der große Sieg wird errungen". Wer so weit die Ziele steckt und so anmaßend auftritt, ist auch dann geschlagen, wenn er einen respektablen Stimmenzuwachs erreicht hat, weil eben das verheißene Ziel, die unbeschränkte Herrschaft Hitlers aufzurichten, für immer gescheitert ist. Der Nationalsozialismus, der ernsthaft daran dachte, die Kandidatur Hindenburgs über den Haufen zu rennen und dem ganzen deutschen Volke seinen Willen aufzwingen zu können, steht nun vor der Tatsache, daß er allein überhaupt nichts ausrichten kann. Herr Hitler hat noch am Sonnabend einem amerikanischen Journalisten gegenüber dargetan, was er zu unternehmen gedächte, wenn er Reichspräsident sei. Er hat schon vor dem Sieg Audienz als Reichspräsident gehalten. Was er politisch offenbarte, war nichts anderes als die Fortsetzung der Politik Brünings, nämlich, keineswegs alle Notverordnungen aufheben und ebensowenig verkünden zu wollen, daß der Vertrag von Versailles zerrissen werde. Hier sprach gewiß schon die Vorsicht des Mannes mit, der sich in bedenkliche Nähe der Verantwortung gedrängt fühlte. Die Wählerschaft hat ihn von diesem Alpdruck befreit und damit klar zum Ausdruck gebracht, daß die Zeit der Alleinherrschaft des Braunen Hauses in Deutschland nicht nur nicht gekommen ist, sondern auch die Sorge dafür restlos überholt ist. Zumal dort, wo der Nationalsozialismus schon seit einiger Zeit an der Macht war, hat er nicht unempfindliche Rückschläge erlebt. Der Wahlausgang wird erheblich ernüchternd wirken, nachdem das Volk gesehen hat, daß trotz des ungeheuren agitatorischen Kraftaufwandes das Ziel nicht erreicht ist. Der Nationalsozialismus wird nun gezwungen, klar herauszustellen, was er denn eigentlich will. Wäre ihm der Schlag bei der Reichspräsidentenwahl gelungen, so hätte er tatsächlich seine bisherige Taktik, „erst die Macht, dann das Programm", zum Siege führen können. Diese Möglichkeit ist nun nicht mehr gegeben. Im Gegenteil wird das deutsche Volk nach dem Ausgang der Wahl Kritischer denn je die Frage an Hitler und seine Gefolgschaft richten, was sie denn nun außerhalb der agitatorischen Begabung noch an politischem Wissen und Können aufzuweisen haben. Die Hitlerbewegung hat ihren Kulminationspunkt überschritten und der Führer braucht nicht mehr zu bedauern, daß er nicht schon vor 10 Jahren gelebt hat.

Ein schwarzer Tag war die Wahl auch für Herrn Hugenberg. Er hat geglaubt, das Ziel, an die Macht zu gelangen, dadurch erreichen zu können, daß er alle anderen bürgerlich-politischen Auffassungen abstieß, um eigensinnig seinen persönlichen politischen Willen zur Herrschaft gelangen zu lassen. Dieser Hugenberg der Unbeugsamkeit

## Der „Stahlhelm" zur Reichspräsidentenwahl

**Berlin**, 16. März. In einer Stellungnahme des offiziellen Pressedienstes des „Stahlhelms" wird zum Ergebnis der Reichspräsidentenwahl u. a. erklärt: „Der Reichspräsident von Hindenburg hat am 13. März 18,5 Millionen Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht. Von der nächst höchsten Stimmenziffer, der des nationalsozialistischen Parteiführers, trennen ihn mehr als sieben Millionen. An der absoluten Mehrheit fehlen nur knappe 200 000 Stimmen. Wir sind nicht Demokraten und Formalisten genug, um zu bestreiten, daß damit Hindenburg praktisch den Sieg im Wahlkampf errungen hat. Ein zweiter Wahlgang könnte keine anderes Ergebnis zeitigen. Er ist damit, selbst wenn er aus formellen Gründen stattfinden muß, politisch bedeutungslos geworden. Wenn also eine Möglichkeit besteht, um die Formalität des zweiten Wahlganges herumzukommen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden, obgleich unsere grundsätzlichen Bedenken gegen eine etwaige Verquickung der Präsidentschaftsfrage mit parlamentarischen Entscheidungen unverändert fortbestehen." — Der Entschluß, sich keiner nationalsozialistischen Parteidiktatur zu unterwerfen, bleibe richtunggebend bestehen.

## Die D. V. P. begrüßt Hindenburgs Sieg

**Berlin**, 15. März. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat am Dienstag zur Besprechung der politischen Lage zusammen. Mit großer Befriedigung wurde der Ausfall der Präsidentenwahl begrüßt. Der Parteivorstand richtete an alle Gliederungen der Partei den dringenden Appell, sofort mit den Vorbereitungen für den zweiten Wahlgang zu beginnen, damit Hindenburgs Wiederwahl durch eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gesichert werde. Im übrigen beschäftigte sich der Parteivorstand mit den Vorbereitungen zu der Preußenwahl.

## Die römische Presse zur Hindenburg-Wahl

**Rom**, 15. März. Die römische Presse würdigt das Ergebnis des ersten Wahlganges für die Reichspräsidentenwahl als einen großen persönlichen Erfolg des Reichspräsidenten Hindenburg, der mit seiner überragenden Persönlichkeit und mit dem Glanze seines geschichtlichen Namens den Sieg errungen habe. „Messaggero" betont, daß der ehrwürdige Name Hindenburg, dieses großen Soldaten und Siegers von Tannenberg, vermocht habe, die verschiedenartigsten politischen Ideen und Parteien zusammenzuschweißen, um den Sieg der Nationalsozialistischen Partei zu verhindern. Der Berliner Korrespondent des „Messaggero" wendet sich gegen jede Unterschätzung des Sieges Hindenburgs, dessen Wiederwahl im zweiten Wahlgang sicher sei.

## Warnung an Litauen

Vor Absendung einer scharfen Note

**Genf**, 16. März. Aus Kreisen der Signatarmächte der Memelkonvention verlautet, daß sie entschlossen sind, noch heute eine sehr energisch gefaßte Note an die litauische Regierung zu richten und sie aufzufordern, im Memelgebiet durch Einsetzung eines Direktoriums, das den festgelegten Verpflichtungen entspricht und das Vertrauen der Bevölkerung genießt, für verfassungsmäßige Zustände zu sorgen. Die Note wird die Warnung enthalten, daß die Signatarmächte unter Umständen gegen Litauen wegen Bruchs der Memelkonvention mit der Anklage vor dem Haager Gerichtshof vorgehen werden. Frankreich, Japan und England haben ihre Zustimmung bereits gegeben. Italiens Zustimmung ist sicher.

### Gegen die Einfuhr von Erzeugnissen aus Zwangsarbeit nach England

**London**, 15. März. Der konservative Abgeordneter Locker Lampson wandte sich im Unterhaus gegen die Zwangsarbeit in der Sowjetunion und ersuchte das Haus um die Ermächtigung, eine Vorlage einbringen zu dürfen, die die Einfuhr von Erzeugnissen aus Zwangsarbeit verbietet. Er begründete den Gesetzentwurf damit, daß man diesen „Handel mit Menschenfleisch und Menschenblut" in der Sowjetunion unterbinden müsse. Das Unterhaus stimmte der Einbringung der Vorlage Locker Lampsons zu und nahm sie in erster Lesung an.